

Konzepte des Lehrens und Lernens

Band 18

Nina Bender

Selbstreguliertes Geldmanagement bei jungen Erwachsenen

LESEPROBE

Herausgegeben
von K. Breuer,
G. Tulodziecki und K. Beck



PETER LANG

1 Forschungsgegenstand

Zu den Funktionen der beruflichen Bildung zählen im Allgemeinen die Qualifikation junger Menschen zur Bewältigung eines fluktuierenden Arbeitsmarktes, die Entwicklung eines stabilen Selbstkonzeptes und ökonomischer Urteilsfähigkeit sowie die Ausstattung mit den notwendigen Voraussetzungen für die gesellschaftliche Teilhabe. Diese Entwicklungsaufgaben bilden einerseits die Chance für eine selbstbestimmte und nachhaltige Lebensführung, andererseits entstehen bei einer Verfehlung dieser Aufgaben Probleme, die den finanziellen Spielraum junger Menschen und damit ihren Weg in die soziale Integration empfindlich beeinträchtigen können. Wenn die Eingliederung in den Beruf nicht gelingt oder die Befähigungen der Auszubildenden nicht ausreichen, um mit der Dynamik des Arbeitsmarktes umzugehen, droht Arbeitslosigkeit und damit verbunden ein erhöhtes Risiko zur sozialen Isolation. Denn bildungsbiografische Brüche entstehen im Leben junger Menschen häufig durch die Fluktuation am Beschäftigungsmarkt, die sich u.a. auch durch die Öffnung internationaler Grenzen durch die Angleichung nationaler Bildungsabschlüsse noch verstärkt. Innerhalb der individuellen Lebensplanung erfordert dies eine höhere Flexibilität und Mobilität. Dazu sind Bewältigungsmechanismen notwendig, deren Fehlen zu Belastungsempfindungen führen kann. Auch dann, wenn Systemübergänge bewältigt werden müssen, können derartige Brüche oder Belastungssituationen entstehen. Dies gilt auch für den Übergang von der Allgemeinbildung in die berufliche Bildung. Bewältigungsbedarf besteht nicht nur für die Aufgabe der Neuorientierung durch den Übergang in ein neues System, sondern auch in Bezug auf Herausforderungen, die entwicklungsbedingt an die jeweilige Bildungsphase gekoppelt sind und auch dem nicht-schulischen Feld der jugendlichen Entwicklung angehören. So wird in der Phase des Übergangs in die Sekundarstufe II mehrheitlich die Volljährigkeit¹ und damit die uneingeschränkte Geschäftsfähigkeit erreicht. An die junge Generation ist damit u. a. der Anspruch an eine angemessene und auf eine selbstverantwortete Lebensführung hin ausgerichtete ökono-

1 Das Bundesinstitut für berufliche Bildung (BIBB) weist bereits im Jahr 2007 darauf hin, dass der Anteil an minderjährigen Ausbildungsanfängern stetig sinkt. Auf der Basis steigender Ausbildungsanforderungen und dem damit verbundenen Anspruch an die Ausbildungsreife der Jugendlichen geht der Trend in Richtung volljährige Ausbildungsanfänger. Im Jahr 2006 lag der bundesweite Altersdurchschnitt der Ausbildungsanfänger bei 19,3 Jahren (Beicht, Friedrich & Ulrich 2007, S. 1).

mische Urteilsfähigkeit gestellt. Die finanzielle Unabhängigkeit, die mit eigenverantwortlichen finanziellen Entscheidungen und der Auseinandersetzung mit den entsprechenden Konsequenzen einhergeht, ist in der Tendenz für die meisten jungen Menschen ohne große Probleme erreichbar. Daneben existieren Befunde, die Defizite in der Entwicklung finanzieller Urteilsfähigkeit betonen, wie bspw. die zunehmende Verschuldungsrate bei jungen Menschen (vgl. Bürgel 2010, S. 2; Knobloch, Reifner & Laatz 2009, S. 31; Gabanyi, Hemedinger & Lehner 2007, S. 19; DGB Region München 2003, S. 4).

Mit dem Einstieg in eine berufliche Ausbildung verknüpft ist der Beginn einer wirtschaftlichen Loslösung von der Herkunftsfamilie. In dieser Phase entstehen einerseits Bedürfnisse und Verpflichtungen, die mit den bisherigen Aufwendungen für den Lebensunterhalt nicht mehr zu leisten sind. Andererseits verdienen diese Jugendlichen i. d. R. erstmals eigenes Geld und sehen sich mit der Herausforderung konfrontiert, mit ihren Einnahmen zu wirtschaften. Der Wunsch nach Unabhängigkeit erreicht nach dem Abschluss der beruflichen Ausbildung und mit dem Eintritt in die Erwerbstätigkeit eine hohe subjektive Relevanz. Knobloch, Reifner und Laatz (2009, S. 30-32) bestätigen die Bedeutsamkeit dieser Lebensphase als diejenige Zeit in der persönlichen Entwicklung, die am ehesten dem Risiko von Überschuldung ausgesetzt ist. Denn anstehende Aufgaben oder Bedürfnisse wie die Familien- oder Haushaltsgründung bedeuten für viele junge Erwachsene eine erhöhte ökonomische Herausforderung in Form von hohen Investitionskosten bei vergleichsweise geringem Einkommen. Es fehlt bis zu diesem Alter an finanziellen Ressourcen und Zeit, um Vermögenswerte zu bilden, die den Investitionsbedarf decken könnten. „Es wird deutlich, dass ein erheblicher Finanzierungsbedarf bei dem Übergang von der Ausbildung in das Berufsleben besteht“ (Knobloch, Reifner & Laatz 2009, S. 45). Wenn dieser Finanzierungsbedarf defizitären Fähigkeiten im Umgang mit Geld gegenübersteht, ist eine wesentliche Voraussetzung für die Möglichkeit des Einsetzens einer Überschuldungssituation gegeben. Defizite im Umgang mit Geld können u.a. auf fehlende Formen der Geldsozialisation aus dem familiären und schulischen Erziehungsbereich zurückgeführt werden. So zeigen Lange und Fries (2006, S. 142), dass Themen wie *Finanzen* und *Wirtschaft* in der häuslichen Kommunikation nur eine untergeordnete Rolle spielen. Es scheint sich zumindest in der deutschsprachigen Kultur nach wie vor zu bewahrheiten: „Über Geld spricht man nicht“.

Kinder und Jugendliche werden zudem nicht in die finanziellen Entscheidungen der Eltern eingebunden. Das Konsumverhalten² der Eltern ist vielfach für Heranwachsende die einzige Lerngelegenheit zu finanziellen Themen im Sinne eines Lernens durch Beobachtung. Zwar werden die meisten Jugendlichen auf dem Weg in die vollständige finanzielle Autonomie i. d. R. von den Eltern unterstützt, jedoch verläuft der Verselbständigungsprozess im Finanzhandeln weitestgehend ohne formal-systematische Anleitung. Junge Menschen entwickeln ihr eigenes Geldhandeln in der Regel über die Nachahmung der Handlungsmuster von Eltern oder Freunden, die insbesondere in Bezug auf das Tabuthema Geld nicht offenkundig sind. Sie lernen somit bestenfalls an einem Modell informellen Charakters. Wenn die Eltern als Sozialisationsagenten für den erfolgreichen Umgang mit Geld ausfallen, darf die Leistungsfähigkeit der Schulen als zweite wesentliche Institution menschlicher Sozialisation in den Blick genommen werden. Unter der pädagogischen Zielvorstellung einer Begleitung junger Menschen in die selbstverantwortliche und selbstbestimmte Lebensführung dürfen wichtige Autonomiebereiche wie der Umgang mit Geld nicht aus den schulischen Curricula ausgeklammert werden. Die theoretischen Überlegungen zu den Ursachen und Konsequenzen defizitärer *finanzialer* Strategien stehen in engem Bezug zu den Arbeiten zum Grad der *ökonomischen* Bildung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen (vgl. Sczesny & Lüdecke-Plümer 1998, S. 3; Retzmann, Seeber, Remmeli & Jongebloed 2009/2010; Hettke, Famulla, Fischer, Weber & Zurstrassen 2010). Es darf in diesem Zusammenhang die Frage nach der Abgrenzbarkeit der Attribute „finanziell“ und „ökonomisch“ gestellt werden. Mögliche Unterschiede sind auf drei Ebenen denkbar: Auf Ebene der Entscheidungsträger, auf Ebene des Zielsystems sowie auf Ebene des Handlungsmotivs. Ökonomische Entscheidungen wirken in allen denkbaren Fällen zumindest indirekt auf monetärer Ebene und sind somit stets finanzieller Art. Es kann zwischen individuellen Entscheidungen unterschieden werden, die sich auf den privaten Finanzbereich beziehen oder institutionelle Entscheidun-

2 In der Psychologie werden die Begriffe „Verhalten“ und „Handeln“ häufig auf Basis einer organismischen Zuordnung getrennt. So steht „Verhalten“ für alle Lebensäußerungen von Organismen, während sich Handeln nur auf den Menschen bezieht. Für den Begriff der Handlung sind zudem die Bestimmungsstücke weitestgehend definiert, wie z. B. Motivation, Ziel, Plan, Entscheidung, Wille oder Bewusstheit (Cranach & Bangerter 2000, S. 228). Innerhalb der vorliegenden Arbeit wird daher der Handlungsbegriff bevorzugt.

gen, die einen makroökonomischen Bezug aufweisen (z. B. staatliche Finanzentscheidungen). Handlungsmotive im finanziellen Bereich beziehen sich für beide Entscheidungsträger immer auf die wesentlichen globalen Dimensionen Konsum (bzw. Investition) oder Sparen. Eine deutliche Abgrenzung zwischen *ökonomischen* und *finanziellen* Entscheidungen ist zumindest auf semantischer Ebene nicht ohne weiteres möglich. Für die vorliegende Arbeit wird daher die Festlegung getroffen, beide Begriffe synonym zu verwenden, wobei ausschließlich individuelle Handlungen mit privatwirtschaftlicher Bedeutung³ betrachtet werden. Entsprechend gelten die Erkenntnisse aus der Debatte um die Ausprägung von ökonomischer Urteilsfähigkeit bei jungen Menschen als geeigneter Bezugsrahmen.

Die Leistungsfähigkeit allgemeinbildender Schulen bildet dabei das Fundament für die Ausbildung finanzieller Urteilsfähigkeit, welche mit dem Eintritt in die Berufsausbildung und den damit verbundenen Vergütungszahlungen und finanziellen Verpflichtungen (Steuern, Versicherungen etc.) in angemessener Weise entwickelt sein sollte. Ein Blick in die aktuellen Lehrpläne *allgemeinbildender Schulen* macht jedoch deutlich, dass die systematische und verpflichtende Förderung wirtschaftlicher Urteilsfähigkeit für den privaten Bereich bislang bestenfalls tangiert wird. Exemplarisch soll dies anhand der Lehrpläne für Gymnasien in Rheinland-Pfalz verdeutlicht werden. Unter den bestehenden Lehrplänen der einzelnen Unterrichtsfächer finden sich Bezüge im Gemeinschaftskundeunterricht mit der Spezialisierung auf Sozialkunde. Diese sind vor allem betriebswirtschaftlicher Natur („Betrieb und Umwelt“). Ergänzend hierzu gibt es in Rheinland-Pfalz *Richtlinien zur Implementierung Ökonomischer Bildung an allgemeinbildenden Schulen*⁴. Diese Richtlinien zielen auf die „Einbettung ökonomischer Themen in bestehende Lehrpläne“ und beschreiben vier zentrale Handlungsfelder: Privater Haushalt, Betrieb und Unternehmen, Staat sowie internationale Wirtschaftsbeziehungen. Ergänzt werden die vier Handlungsfelder

3 Eine Ausnahme bildet die vergleichende Analyse des Selbstkonzepts privater finanzieller Handlungskompetenz mit dem Selbstkonzept beruflicher Handlungskompetenz. Letzteres wird für die Gruppe der kaufmännisch-verwaltenden Auszubildenden untersucht, um Rückschlüsse auf mögliche Transferleistungen zwischen den Bereichen beruflicher und privater Handlungen zu ziehen.

4 Richtlinien zur ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz. Im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Frauen und Jugend Rheinland-Pfalz erarbeitet. Bildungsverlag Rheinland Pfalz.

durch das Inhaltsfeld „Berufsorientierung“. Die Handlungsfelder beschreiben „ökonomisch, beruflich, individuell und gesellschaftlich bedeutsame Handlungssituationen, zu deren Bewältigung befähigt werden soll“ (Richtlinien zur ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz 2011, S. 3). Als grundlegende anzustrebende Qualifikation sieht die Richtlinie insbesondere die „Fähigkeit zu Selbst- und Mitbestimmung und zu Verantwortungsbereitschaft in ökonomischen Fragen“. Für das Handlungsfeld „Privater Haushalt“ werden die Lehrziele anhand der Anforderungen formuliert, die die Schülerinnen und Schüler zur Bewältigung der Haushalts- und Lebensführung benötigen. Hierzu sei „der Umgang mit Geld und Kredit sowie die Entwicklung eines verantwortungsbewussten Konsumstils Aufgabe von Schule und Unterricht“. Dazu gehören (Richtlinien zur ökonomischen Bildung an allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz 2011, S. 6):

- Die Anforderungen in Haushalt, Familie und Erwerbsarbeit koordinieren.
- Einkommensquellen unterscheiden.
- Das eigene Einkommen planvoll verwenden.
- Strategien des Sparens entwickeln.
- Voraussetzungen und Folgen von Privatkrediten kennen und Schuldenfallen vermeiden.
- Einfluss von Werbung, Bezugsgruppen, Meinungsführern, der Familie, der Jugendkultur auf den Verbraucher analysieren.
- Einen verantwortungsvollen Konsumstil entwickeln.
- Verbraucherverträge abschließen und deren rechtliche Konsequenzen abschätzen.
- Verbraucherrechte kennen und durchsetzen.
- Soziale Sicherungssysteme kennen und individuelle Vorsorgestrategien entwickeln.

Weitere inhaltliche Präzisierungen, z. B. was unter den Anforderungen in Haushalt, Familie und Erwerbsarbeit zu verstehen ist oder wie eine planvolle Verwendung des Einkommens aussehen kann, werden nicht angeboten. Für die Zwecke der Förderung finanzieller Urteilsfähigkeit ist die Entwicklung dieser Richtlinien sicherlich ein erster Schritt. Dennoch bleiben zwei wesentliche Probleme ungelöst: Erstens ist die Umsetzung der Richtlinien an weniger strenge Regularien gebunden, als es die Vorgabe konkreter Inhalte mittels Lehrplänen verlangen würde. Die strukturellen Rahmenbedingungen an Schulen mit ihrer